Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 8

Artikel: Die neue Rolle des sowjetischen Staatsbank (II) ; Mehr Getriebe und mehr Sand darin

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076749

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sportorganisationen), werden die Mitglieder des Spitzensports vom Staat sowohl direkt als auch indirekt finanziell unterstützt. Erfolgreiche Sportler bekommen in allen kommunistischen Ländern erhebliche «Lohnzulagen», andere Sportler «Kaloriageld» (Ungarn) oder «Ernährungszulage» (Polen). Die grossen Sportler haben eine Arbeitsstelle, wo sie aber von jeglicher Arbeit befreit sind, um sich ausschliesslich dem Sport zu widmen. Sie sind meist Polizisten oder Offiziere der Armee, und als solche erhalten sie einen verhältnismässig hohen Lohn, aber ohne Arbeit. Ihre einzige Gegenleistung ist die Sportleistung. Die zusätzliche Entlöhnung der polnischen Fussballspieler ist beispielsweise folgendermassen geregelt: sie werden in drei Qualitätskategorien eingeteilt, und zwar von höheren Organen, nicht von ihren Klubs. Abhängig von ihrer Einreihung erhalten sie monatlich 1400, 1000 oder 600 Zloty Lohnzulage (praktisch ein zweiter Lohn, Durchschnittslohn im Jahre 1959 war 1437 Zloty).

Ausserdem gibt es noch Prämien nach den einzelnen Matchs. Jeder Fussballspieler bekommt anlässlich eines Spiels in internationalen Wettbewerben oder in der nationalen Meisterschaft 600 Zloty im Fall des Sieges und 300 Zloty im Falle eines Unentschiedens. Für ein Freundschaftsspiel sind 200 Zloty pro Kopf vorgesehen. Die «Ernährungszulage» für die niedrigeren Kategorien der Sportler beträgt 300 Zloty pro Monat. (In Ungarn beträgt diese Summe 200 Forint pro Monat). In Wirklichkeit sind es Minimalsummen, denn ein guter Fussballspieler bekommt nach einem internationalen Match zirka eine dreifache Summe des Durchschnittslohnes. Die Sportler erhalten allerlei Vergünstigungen vom Staat. Sie sind die einzigen, welche ohne grössere Schwierigkeiten und oft ins Ausland fahren können. Infolge ihrer Verwöhnung erlauben sich aber die Sportler manchmal zu viel, sie sind die grössten Schmuggler. Schmuggelwaren kann man vor allem bei ihnen bekommen, welche sie für einen mehrfachen Wert verkaufen. (Sie spekulieren vor allem mit Uhren und Nylonsachen.) *(Fortsetzung folgt.)*

Die neue Rolle der sowjetischen Staatsbank (II)

Mehr Getriebe und mehr Sand darin

Die Struktur und Organisation der sowjetischen Staatsbank passte sich in der Aera Chruschtschew, vor allem aber in den beiden letzten Jahren, den neuen Tendenzen des sowjetischen Wirtschaftslebens an (siehe Untersuchung KB Nr. 5). Parallel dazu wurden auch ihre Funktionen sowohl neu gestaltet als auch erweitert. Die zentralistische Wirtschaftskontrolle wurde noch stärker — und noch umständlicher. Eine Verlagerung der Kräfte ergab sich insbesondere auf drei Gebieten: 1. Ausdehnung der Tätigkeit auf die langfristigen Kredite. 2. Vermehrte Aufsichtskompetenz durch unterschiedliche Behandlung von gut und schlecht arbeitenden Betrieben.

Aufgehobene Spezialisierung

Die kurzfristigen Anleihen bilden noch immer den Grossteil der Staatsbankkredite. Sie werden grundsätzlich den Handelsorganen, den Ankaufsinstitutionen für landwirtschaftliche Produkte und zum Teil auch den Industriebetrieben gewährt. Langfristige Kredite dagegen dienen einerseits der Finanzierung von Industrieinvestitionen, anderseits der Schaffung von grossen «unteilbaren Kolchosfonds» (für landwirtschaftliche Grossmaschinen, Industriebetriebe zur Verarbeitung von Kolchosprodukten und den von mehreren Kolchosen gemeinsam verwalteten «Zwischenkolchosbetrieben»). In den Jahren 1928 bis 1930 war eine Spezialisierung der Banken auf kurz- und langfristige Kreditoperationen erfolgt. Sie wurde indessen nach 1958 stufenweise aufgehoben, und die Staatsbank wurde Kreditanstalt für beides.

Umfangmässig dominieren die kurzfristigen Kredite, wie erwähnt, immer noch eindeutig. Am 1. Januar 1961 beliefen sich die Kredite für die Volkswirtschaft auf 44,1 Milliarden Rubel, von denen 41,2 Milliarden auf kurzfristige Anleihen entfielen. Die Kolchosen müssen ihre Investitionen meistens aus eigenen Mitteln bezahlen, wogegen die für Industrieinvestitionen benötigten Summen grossenteils als Anleihen ohne Rückzahlungspflicht gewährt werden (wie es in den Volksdemokratien allgemein der Fall ist).

Die Kredite an die Industrie stiegen seit 1956 um 68,2 Prozent. Von besonderem Interesse ist hierbei die unterschiedliche Zunahme bei der Schwerindustrie (70 Prozent) und der Leicht- oder Lebensmittelindustrie (59 Prozent). Wie sehr also auch Chruschtschews Propaganda den Willen zur Hebung der Bedarfsgüterproduktion betont, so hat sich doch am Vorrang der rüstungswichtigen Schwerindustrie nichts geändert.

Agrarbankersatz

Die Aufgabe der Staatsbank zur Unterstützung von Kolchosen und Sowchosen ist seit Aufhebung der Agrarbank erheblich gewachsen. Vor allem geht es um die Gewährung von Vorschüssen auf die «kontraktierten Produkte» (d. h. die Erträgnisse, welche die Kolchosen auf Grund eines obligatorischen Lieferungsvertrages dem Staat oder den halbstaatlichen Einkaufsgenossenschaften zu einem vorbestimmten Preis verkaufen müssen). In letzter Zeit sind die Vorschussansätze um etwa 30 Prozent gestiegen, weil die Kolchosen auf das Geldentlöhnungssystem übergehen wollen (statt Teilnahme am Produktionsprofit — der Gewinn geht jetzt in die unteilbaren Fonds). Uebrigens erhalten die Kolchosen und Sowchosen ihre Vorschussanleihen mittelbar über die staatlichen oder genossenschaftlichen Ankaufsorgane. Die erweiterte Kredittätigkeit der Staatsbank auf dem Agrarsektor bedeutet natürlich eine erhöhte staatliche Kontrolle der Landwirtschaft. Die Staatsbank nimmt jetzt an der Ausarbeitung der Pläne für Kapitalbauten auf dem Lande teil und prüft die Planerfüllung. Auch für Produktions- und Finanzpläne der Kolchosen und Sowchosen hat die Bank Mitspracherecht und Kontrollkompetenzen.

Lohn und Strafe

Mit der erweiterten Teilnahme der Staatsbank an der volkswirtschaftlichen Entwicklung sah das Regime selbstverständlich eine parallele Verstärkung des Kontrollsystems vor. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wurde in den Jahren 1954 bis 1959 ein differenziertes System der Kreditgewährung eingeführt, wobei gut und schlecht arbeitende Betriebe unterschiedlich behandelt werden. Ist die Produktion schlecht oder unter dem Plansoll, können die Darlehen auch ganz eingestellt werden. Anderseits wird auch die Planung selbst überprüft. Das beliebte Spiel, beispielsweise, die Produktionsziele der Uebersoll-Prämien wegen niedriger als nötig anzusetzen, soll unterbunden werden. Dies setzt freilich wieder voraus, dass die Bank über die Produktionskapazität der Betriebe genau unterrichtet ist. Mittel dazu sind die Kontokorrentverwaltung, Prüfungen von Materialreserven und Vorräten, Nachrechnung der Produktionskosten. Kürzung oder gar Einstellung der Kredite sind die Massnahmen, mit denen die Staatsbank gegen unbefriedigende staatliche Unternehmen vorgeht, damit der Staat nicht geschädigt wird.

Wo es harzt

Das nue System weist jetzt schon, unmittelbar nach seiner stufenweisen Einführung, etliche Mängel auf. Grossteils sind es Mängel, die mit dem planwirtschaftlichen Zentralismus eng verflochten sind. Die wichtigsten lassen sich auf einige Hauptsachen zurückführen:

Bürokratie

Alles ist zu kompliziert. Beispielsweise gibt es 25 verschiedene Arten von «Hauptanleihen» nebst einer noch grösseren Anzahl Arten von zweitrangigen Anleihen. Die grundlegende Satzung der Staatsbank, die «Instruktion Nr. 1 der Staatsbankverwaltung» enthält zirka 500 Paragraphen. Dazu kommen noch zahlreiche Ergänzungen, viele komplizierte Zusatzinstruktionen. Auch das Planungssystem und der Schlüssel zur Kreditverteilung sind kompliziert. Betriebe und Volkswirtschaftsräte müssen ganze Reihen von Angaben unterbreiten, die mit dem Verrechnungssystem nicht verbunden und für die Bank eigentlich überflüssig sind. Die Staatsbank fordert Quartals-, Halbjahres- und Jahrespläne sowie gleich gestufte Rechenschaftsberichte über die Kreditverwendung. Ohne das Vorliegen von Lieferungsverträgen und Bestellungen werden keine Anleihen gewährt.

Wenn man in Betracht zieht, dass die kurzfristigen Anleihen tatsächlich sehr kurz laufen (30 bis 45 Tage), wirken die gehäuften Sicherheitsmassnahmen für jede flüssige Abwicklung um so hindernder. Die Planerfüllung wird in vielen Fällen erschwert, die administrative Autonomie der Betriebe bedroht.

Keine Totalübersicht

Die Staatsbankorgane müssen ihre Kassapläne auf Grund des Bilanzplanes über Geldeinkommen und Ausgaben der Bevölkerung, auf Grund des Warenumsatzplanes und auf Grund des Kommunalleistungsplanes aufstellen. Dadurch wird die Emission von bestimmten Geldmengen für die einzelnen Verwaltungseinheiten gemäss Kassaplan vorgenommen (Deshalb muss das Netz der Staatsbankstellen den Verwaltungseinheiten weitgehend angepasst sein). Wird aber entweder der Einkommensplan oder der Warenumlaufsplan nicht erfüllt (oder übererfüllt), ist auch der Kassaplan entwertet.

Ein Beispiel, das in der Praxis leicht vorkommen kann: Viele Kolchosbauern arbeiten im Winter in einer benachbarten Verwaltungseinheit. Sie beziehen aber ihren Lohn und teilweise auch Konsumgüter weiterhin vom angestammten Arbeitsplatz. In diesem Falle scheitern die erwähnte Bilanz, beziehungsweise der Warenumlaufsplan in beiden Verwaltungseinheiten.

Die Staatsbank hat es trotz ihrer vermehrten Kompetenzen und ihrer gefestigten rechtlichen Lage sehr schwer, alles unter Kontrolle zu halten: Konsumgüterproduktion, die Entwicklung des Detailhandels, die Umgruppierung der Arbeitskräfte. Das ist selbstverständlich eine alte Krankheit des Planungssystems. Die unvermeidlichen Imponderabilien kann es nicht verdauen. Allerdings werden sie durch die Aufhebung menschlicher Freiheit möglichst reduziert.

Kadermangel

Der gewaltige Umfang der erweiterten Institution setzt einen Stab von geschulten Kräften voraus, die vorläufig noch nicht da sind. Letztes Jahr hatte die Staatsbank mehr als 4000 Filialen und über 3000 Ein- und Auszahlungskassen. Die Agenturen sind im Ausbau begriffen. Die Staatsbank wickelt im Tagesdurchschnitt 3,8 Millionen Bankoperationen ab. Die Anzahl der Fachleute mit Hoch- oder Mittelschulbildung im Dienst der Staatsbank stieg von 1958 bis 1961 von 30 000 auf 46 000, aber immer noch haben etwa 15 Prozent der Filialleiter keine abgeschlossene Mittelschulbildung. Vor allem scheint es gegenwärtig an Fachleuten zur Ueberprüfung von Bau- und Montagearbeiten zu fehlen.

Dieser Schwierigkeit ist allerdings die Staatsbank im Begriff, energisch zu begegnen. Fortbildungskurse verschiedener Art und Seminarien sollen das Niveau der Angestellten heben. Dem Nachwuchs dienen 15 Schulen für Buchführung und Bankwesen, ferner ein Allunions-Fernunterrichtstechnikum.

Noch unerprobt

ist ein Versuch in der RSFSR. Um Buchführung und Verrechnung zu zentralisieren, werden dort besondere Buchhaltungszentren (insgesamt 3036 für 30 000 Wirtschaftseinheiten) errichtet. Die Buchführung wurde für gewisse Wirtschaftszweige innerhalb einer Verwaltungseinheit zentralisiert, so dass die Anzahl von Kontokorrents in der Staatsbank vermindert werden konnte. Die Entwicklung ist allerdings noch zu jung, als dass sich bereits ein Urteil über Erfolg oder Misserfolg bilden liesse.

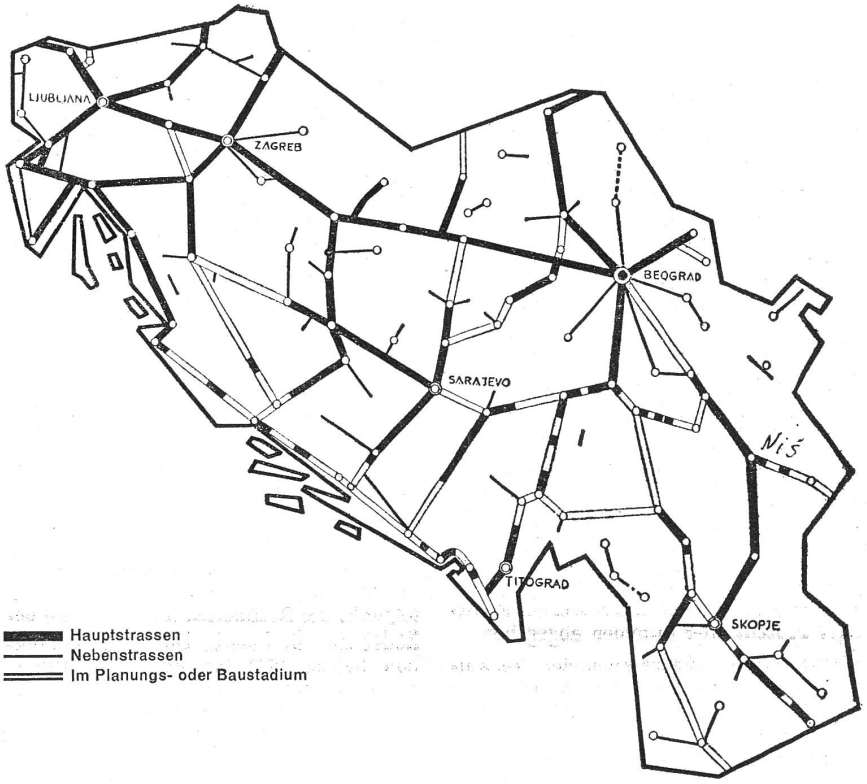
In den Volksdemokratien

weisen die Staatsbanken oder Nationalbanken einige Besonderheiten auf, aber im grossen und ganzen sind sie in Struktur und Befugnissen auf das sowjetische Vorbild ausgerichtet.

Einige Abweichungen seien aufgezählt: In Polen, Ungarn, Rumänien und der Vietnamesischen Demokratischen Republik gibt es Kredit- und Leih-Sparkassen-Genossenschaften, welche sowohl aktive als auch passive Bankoperationen durchführen. Ausserdem gibt es in der SBZ noch Gewerbe-Handwerkbanken. In der Mongolei und in Albanien wird hingegen das ganze Bankwesen in einer einheitlichen Staatsbank konzentriert. (Die Sparkassen funktionieren im Rahmen der Staatsbank.) In China wurde die Nationalisierung der kleinen und mittelgrossen Privatbanken immer noch nicht vollständig durchgeführt, was natürlich angesichts der engen staatlichen Finanzkontrolle praktisch keine Rolle spielt. In Ungarn hat die Nationalbank die Form einer Aktiengesellschaft, in den übrigen Volksdemokratien sind die National- oder Staatsbanken direkt staatliche Institutionen.

Variationen gibt es bei den Zinssätzen, besonders beim Verzugszins.

Die Zusammenarbeit zwischen den Staats- oder Nationalbanken der kommunistischen Staaten wird seit 1950 ständig verstärkt. 1950 wurde der Rubel auf Goldbasis umgestellt und ersetzt seitdem den Dollar bei Kreditoperationen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien. Nach kommunistischer Finanztheorie ist der Wert der sozialistischen Valuten doppelt garantiert: durch Gold und durch entsprechende Warenvorräte.



Verkehr

Jugoslawien

Strassenbauprogramm

Im ersten Jahr des jugoslawischen Fünfjahresplanes 1961 bis 1965 sind die Strassenarbeiten zum geplanten Hauptverkehrsnetz des Landes schon erheblich fortgeschritten.

Die Autobahn Ljubliana—Zagreb, Belgrad—Skopje—Djevdjelija (an der griechischen Grenze) wird voraussichtlich bis Ende des nächsten Jahres beendet sein. Sie trägt den Namen «Brüderlichkeit und Einheit» und stellt eine recht wichtige Verbindung zwischen Europa und dem Nahen Osten dar (Jugoslawien—Griechenland, Türkei—Syrien).

Von touristischer und militärisch-strategischer Bedeutung ist die in ihrem nördlichen Teil fertig erstellte Adriastrasse. Die Verbindung, die von Belgrad über Sarajewo in nordwestlicher Richtung in die bosnischen Gebiete führt, dürfte ebenfalls von militärischer Wichtigkeit sein, da sich dort grössere und neuere Stützpunkte der jugoslawischen Armee befinden sollen.

Die Strecke von Belgrad über Titograd an die Adria wird nicht zuletzt den Warentransport fördern, da es sich um die kürzeste Strassenverbindung zwischen der Hauptstadt und dem Meer handelt. Selbstverständlich hat auch sie touristische Bedeutung.

Zum Strassenbau wurden letztes Jahr nicht nur die regulären Arbeitskräfte eingesetzt, sondern auch «freiwillige Jugendbrigaden», die ihre Ferien auf diese Art verbrachten.

In der Textilindustrie wurden in den letzten Monaten rund 2500 neue automatische Webstühle in Betrieb gesetzt, die jährlich 60 Millionen Quadratmeter Baumwoll-, Seiden-, Relon- und Flachsgewebe erzeugen. In der Lederindustrie wurden die Betriebe mit neuen automatischen Maschinen ausgestattet, die jährlich 1 Million Quadratmeter Leder für Schuhoberteile verarbeiten.

Durch die Inbetriebnahme der für dieses Jahr vorgesehenen Ausrüstungen wird die Wirkungsproduktion vollständig, die Lederindustrie zur Hälfte, die Haushaltglasindustrie zu 45 Prozent, die Produktion von Flachs- und Hanfgewebe zu 40 Prozent und die von Baumwollgewebe zu 11 Prozent automatisiert.

Laut «Romania Libera» (Bukarest) wird die rumänische Glas- und Porzellanproduktion gegenüber 1961 fühlbar ansteigen. Dies sei darauf zurückzuführen, dass 1962 etwa 45 Prozent der gesamten Ausrüstungen automatisch arbeiten, gegenüber 12 Prozent 1960.